

## **Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz): Schluss mit der Hausbesetzer-Terrorszene: Sofortige Schliessung der Reithalle und Kündigung der bestehenden Leistungsverträge**

Die Vorfälle in den letzten Tagen waren schwerwiegend. Nur mit Glück gab es keine Toten unter den im Einsatz stehenden Polizeibeamten. Die Behörden haben den rechtsfreien Raum Reithalle schon viel zu lange toleriert. Die Vorfälle haben sich zusehends verschlimmert. Die Reithalle distanziert sich nicht von den Vorfällen. Viel mehr bekunden sie zum Teil sogar offen die Unterstützung („kill the bastards“) und bagatellisieren die Ereignisse („in der Reitschule überall Normalbetrieb. Danke liebes Personal, 26.2.2016, 12.08 AM). Zudem bewerben sie die letzten Demonstrationen aktiv. Die Reithalle wird von Kriminellen nach ihren perfiden Attacken auch immer wieder als logistische Basis und Rückzugsraum genutzt. Die Betreiber der Reithalle unternehmen leider nach wie vor nichts gegen diesen Missbrauch. Sie lassen es immer wieder zu, dass das Areal der Reithalle für Angriffe und Hinterhalte auf die Polizei verwendet wird. Es ist nicht möglich, dass militante Straftäter von den Betreibern völlig unbemerkt unzählige Pflastersteine auf das Dach schleppen und in der Reithalle Feuerwerkskörper einlagern können. Zudem war den Betreibern immer bewusst, dass sie mit den offenstehenden Türen für die militanten Demonstranten einen sicheren Flucht- und Erholungsraum für Straftäter zur Verfügung stellen. Mit der Lagerung der Feuerwerkskörper in der Reithalle und dem Anzünden von Lastwagen haben die Linksanarchisten zudem Gefahren für die Besucher geschaffen.

Allenfalls wären die Betreiber der Reithalle zwar nicht in der Lage, sich gegenüber den Linksanarchisten durchzusetzen. Trotzdem wäre die Reithalle aus Gründen der Rechtsgleichheit zu schliessen. Auf dem Land wird ein Betrieb, der sich trotz mehrfacher Warnungen nicht an die gemachten Auflagen hält, umgehend geschlossen. Dies selbst in Fällen, in denen zum Beispiel ein Wirt zwar persönlich nett ist, sich aber gegenüber seinem fehlbaren Personal nicht durchsetzen kann. Infolge der Ausschreitungen durch die Aktivisten müssen in Bern immer wieder ganze Stadtteile abgeriegelt werden.

Aus nächster Nähe werden Feuerwerkskörper gegen die Polizei abgefeuert. Mit Eisenschlägern und Laserpointern werden die Polizeibeamten perfid attackiert. Täter, die so vorgehen, nehmen willentlich und wissentlich schwerste Verletzungen (Erblindung/Brandverletzungen) ihrer Opfer in Kauf. Im Falle der Verwendung von Eisenschlägern und Feuerwerkskörpern im Nahschuss muss der Täter sogar mit dem Tod des Opfers rechnen. Die Untersuchungsbehörden sind deshalb aufgefordert, von Amtes die Untersuchungen zusätzlich unter dem Gesichtspunkt der vorsätzlichen Tötung zu prüfen.

Die Links-Anarchisten wollen gemäss eigenen Angaben ihren Kampf weiter führen und verstärken. Zum Schutz der Öffentlichkeit und zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in der Stadt Bern muss die Reithalle deshalb per sofort geschlossen werden. Die bestehenden Leistungsverträge sind ebenfalls zu kündigen. Dies entspricht auch dem Grundsatz der Gleichbehandlung mit anderen Betrieben. Es darf nicht zugewartet werden, bis es einen toten oder schwerst verletzten Polizisten gibt! Der Gemeinderat muss dem Stadtrat eine Vorlage unterbreiten, wie er diese Räumlichkeiten künftig kulturell oder anderweitig nutzen will.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt:

1. Die sofortige Schliessung der Reithalle bis auf weiteres zu verfügen.
2. Die umgehende Modalitäten zur Kündigung des bestehenden Leistungsvertrages mit der IKUR einzuleiten.
3. Dem Stadtrat eine Vorlage zu unterbreiten wie er diese Räumlichkeiten künftig kulturell oder anderweitig nutzen will.

4. Die umgehende Modalitäten zur Kündigung des bestehenden Leistungsvertrages mit der Grossen Halle einzuleiten.
5. Dem Stadtrat eine Vorlage zu unterbreiten wie er diese Räumlichkeiten künftig kulturell oder anderweitig nutzen will.
6. Dem Stadtrat zusammen mit der Kantonspolizei und dem Statthalter ein Konzept vorzulegen, wie er in Zukunft sicherstellen will, dass die Reithalle nicht mehr als Rückzugsort und logistische Basis für unbewilligte Demonstrationen genutzt werden kann.

Bern, 02. März 2017

*Erstunterzeichnende: Alexander Feuz*

*Mitunterzeichnende: Henri-Charles Beuchat, Daniel Lehmann, Rudolf Friedli, Roland Iseli, Kurt Rüeeggsegger, Erich Hess*

### **Antwort des Gemeinderats**

Proteste und Kundgebungen sind für den Gemeinderat ein wichtiger Teil des demokratischen Prozesses, doch dürfen sie nicht in Gewalt gegen Menschen und Sachbeschädigungen münden. Daher hat der Gemeinderat die Eskalation zutiefst bedauert. Dies gilt umso mehr, als dass die Ausschreitungen für den Gemeinderat nichts zu tun hatten mit allfälligen legitimen politischen Forderungen. Er verurteilt jede Gewaltanwendung und hofft, dass es der Kantonspolizei gelingt, jene Personen zu ermitteln, die Straftaten begangen haben und die Urheber der Gewaltanwendungen zur Rechenschaft gezogen werden.

Der Gemeinderat setzt nach wie vor auf den Dialog. Grundlage dafür sind allerdings die Gesprächsbereitschaft aller Beteiligten und der Wille zur einvernehmlichen Lösungsfindung. Die zum x-ten Mal geforderte Schliessung der Reithalle ist aus Sicht des Gemeinderats kein Lösungsbeitrag. Ganz im Gegenteil: Sie würde aus seiner Sicht lediglich Öl ins Feuer giessen. Es ist dem Gemeinderat zudem neu, dass die Grosse Halle als Rückzugsort dient. Die Grosse Halle ist an und für sich unbestritten, so hat der Stadtrat dem vom Gemeinderat beantragten Baukredit zur Sanierung der Grossen Halle deutlich zugestimmt. Weil dagegen das Referendum zustande gekommen ist, haben nun die Stimmberechtigten die Möglichkeit, ihre Meinung zur Grossen Halle kundzutun. Eine Schliessung der beiden Institutionen ist für den Gemeinderat keine echte Option. Der Gemeinderat setzt weiterhin auf den Dialog und die eingeleiteten Massnahmen. Die Situation ist seit den hier zitierten Vorfällen ruhig. Er ist zuversichtlich, dass der eingeschlagene Weg noch weitere Verbesserungen bringt. Eine Schliessung birgt die Gefahr einer Eskalation. Er lehnt deshalb die Motion ab.

### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 30. August 2017

Der Gemeinderat